

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Tage Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Vormittag 1/11 Uhr. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich Mk. 1.60, für den 2. und 3. Monat Mk. 1.10, für den 3. Monat 55 Pf. Einzelne Nr. 10 Pf. Fernspreitz pro Zeile 10 Pf., für auswärts 15 Pf.

Filialen: in Mistadtwaldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn. Girumwiler Fr. Herrn. Richter; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschel; in Langenschorsdorf bei Herrn H. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Wollenberg bei Herrn Herrn. Wildenhain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Verantwortlicher Hr. 9. Amtsblatt für das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg. Postfachamt Leipzig 4486
Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Langenau, Richtenstein, Callenberg und in den Dörfern der nachstehenden Ständesamtsbezirke:
Mistadtwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Ehrenhain, Frohndorf, Gallen, Grumbach, Kaufungen, Langenschorsdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwintel, Oelsnitz i. E., Reichenbach, Reuse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

N 157

Sonntag, den 9. Juli

1911.

Witterungsbericht, aufgenommen am 8 Juli, Nachm. 8 Uhr.
Barometerstand 765 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 25 C. (Morgens 8 Uhr + 21 C. Tiefste Nachttemperatur + 17 C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Saunders'schem Polymeter 87%. Taupunkt + 11 C. Windrichtung: West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,1 mm. Daher Witterungsaussichten für den 9 Juli: Halbheiteres windiges Wetter mit Neigung zu Niederschlägen.

*Waldenburg, 8. Juli 1911.

Im englischen Unterhause hat der englische Premierminister über den Stand der Unterhandlungen zwischen den Mächten bezüglich Marokkos eine Erklärung abgegeben, in der er die Absicht der englischen Regierung dahin kundgibt, in Marokko eine mehr aktive Politik als bisher zu betreiben. Von mindestens derselben Wichtigkeit ist die Tatsache, daß der Premierminister in seiner Rede erst in zweiter Linie die Vertragsverpflichtungen Frankreich gegenüber betont hat, woraus geschlossen wird, daß England sich in seinen weiteren Entscheidungen freie Hand behalten und in Marokko mehr englische als Bündnispolitik betreiben will. Wenn der Minister von der in Marokko entstandenen neuen Situation spricht, so meint man, daß er damit das Vorgehen Frankreichs und Spaniens, das ja tatsächlich eine neue Lage geschaffen hat, im Auge gehabt habe, und nicht die Hinwendung eines deutschen Schiffes nach Agadir, die infolge des französisch-spanischen Eingreifens in Marokko und der dadurch hervorgerufenen Zustände im Südlände notwendig geworden war, wenn reichsdeutsche Interessen nicht gefährdet werden sollten.

Man ist gewöhnt, daß in kritischen Tagen englische Minister sich der äußersten Zurückhaltung befleißigen und ihre Worte vorsichtig wählen. Das ist auch hier geschehen. Der englische Minister gibt dem Vertrauen Ausdruck, daß die Verhandlungen mit den Mächten zu einem gezielten Abschluß kommen werden. Er deutet weiter an, daß es nach dem englisch-französischen Abkommen von 1904 selbstverständlich ist, daß England der Politik Frankreichs seine moralische Unterstützung nicht versagen werde.

Von der französischen Presse ist die Erklärung Asquiths natürlich mit großer Zustimmung begrüßt worden. Auch die deutsche Presse beschäftigt sich damit eingehend. Die „Kreuzzeitung“ schreibt sehr richtig, daß England sich des deutschen Wohlwollens versichert halten könne, wenn es in Zukunft seine marokkanischen Interessen intensiver wahrnehmen werde, und daß wir Deutschen ebenfalls auf die freundschaftliche Haltung Englands rechnen bei unserem Bestreben, unsere wohlberechtigten und umfangreichen Interessen in Marokko zu schützen. Die Abmachung von 1904 zwischen England und Frankreich könne doch keineswegs bedeuten, daß England Frankreich in seiner Eroberungs- und Gewaltpolitik gegenüber anderen Staaten unterstützen werde, sondern nur, daß es Frankreichs begründete Ansprüche fördern werde.

Ein Berliner Mitarbeiter des „Leipz. Tgl.“ schreibt dem genannten Blatt zu der Erklärung Asquiths:
Bedeutend an der Erklärung ist, daß England zum erstenmal seit 1904 (Vertrag mit Frankreich) das Vorhandensein eigener Interessen und die Absicht, sie zu wahren, betont. In der Zwischenzeit hatte sich England, sehr gegen den Wunsch der englischen Interessenten, der eigenen Tätigkeit enthalten. Hier liegt also ein neues Moment vor. Es ergibt sich dann in logischer Folge der Schluß: Wenn England eine neue Situation als gegeben ansieht, in der es, trotz des Vertrages von 1904, unter Umständen gezwungen sein werde, die eigenen Interessen mehr zu betonen, um so mehr wäre Deutschland gezwungen, in dieser Situation entsprechend zu handeln. Von der neuen Lage sagt Asquith nicht, woher er sie datiere. Es ist aber klar, daß er sie nicht auf die Entsendung des Kanonenbootes „Panther“ zurückführen kann, denn diese ist im Verhältnis zu anderem ein geringfügiges Ereignis, und es war auch kein selbständiger Schritt, sondern einfach das Ergebnis einer Entwicklung, die ohne Zutun Deutschlands vor sich gegangen war, und die bezeichnet wird durch die französische Expedition nach Fez und durch das Vorgehen der Spanier. Auf französischer und spanischer Seite haben Behntaufende von Kriegern eingegriffen, auf deutscher Seite sind nur wenige hundert Mann eingesetzt worden. So aufgefaßt, verstärkt die Erklärung des englischen Premierministers den Grund, aus dem der deutsche Schritt erfolgt ist und der bekanntlich in

der Notwendigkeit des Schutzes der deutschen Interessen besteht. England überlegt noch, wie es in Zukunft seine eigenen Interessen schützen zu wahren habe. Für Deutschland hatte die Ueberlegung ein Ende gefunden, als deutsche Firmen erklärten, sie bedürften des Schutzes.

Die englische Presse, die konserverbaiter sowohl wie die liberale, steht in dieser Frage einmütig auf Seiten der Regierung; letztere erhält damit eine geradezu unerschütterliche Stellung. Die bittere innere Fehde, die um die Stellung der beiden Häuser des Parlaments geführt wird, ist wie verschwunden. Es handelt sich um die Interessen des Landes und da gibt es nur noch englische Interessen. Mit Befriedigung kann man dies auch von der deutschen Presse feststellen. Das entschiedene Auftreten der Reichsregierung in der Marokkofrage hat bei allen Parteien einhellige, freudige Zustimmung gefunden; nur die sozialdemokratische Presse schließt sich davon aus. Bei der doktrinären Verantwortung der sozialistischen Führer braucht man sich darüber nicht zu wundern.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser unternahm am Donnerstag um 5 Uhr eine Fahrt an Land, besichtigte in Stavanger den Dom und fuhr dann mit den Herren der Umgebung nach den Aussichtspunkten, die ein herrliches Bild über die Landschaft gewährten. Der deutsche Konsul wurde zur Abendtafel geladen. Das Wetter hatte sich leider eingetrübt. Am Freitag früh 8 Uhr sollte nach einer Fahrt in den Vjesfjord die Weiterreise nach Bergen erfolgen, wo die Ankunft am Freitag Abend 9 Uhr stattfinden sollte. An Bord ist alles wohl.

Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung der 2. Kammer in Stuttgart stand die sozialdemokratische Interpellation über die Aktion des Deutschen Reiches vor Agadir. Der Schiffsführer des Hauses verlas ein Schreiben des Ministerpräsidenten, worin dieser erklärt, daß er zurzeit nicht in der Lage sei, die gestellte Frage zu beantworten, daß er aber später einen Zeitpunkt bestimmen werde, in dem er die Anfrage zu beantworten bereit sei. Damit war die Angelegenheit erledigt.

Das Reichsmarineamt hat mit dem Erfinder des Wirth'schen besatzungslosen Fernlenkbootes Verhandlungen eingeleitet, die auf eine Ausbarmachung der Wirth'schen Erfindung für die deutsche Reichsmarine abzielen.

In der thüringischen Metallindustrie droht eine Aussperrung. Ein Telegramm des „Erfurter Allg. Anzeigers“ meldet: Der Verband thüringischer Metallindustriellen hat in einer gestern Abend in Erfurt abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung beschlossen, eine Aussperrung in sämtlichen Betrieben vorzunehmen, falls die bei einer Anzahl von Mitgliedern schwebenden Ausstände nicht alsbald beigelegt werden können.

Der günstige Stand der Reichseinnahmen hat auch für das am 30. Juni abgelaufene 11. Quartal 1911 (drittes Budgetquartal 1910/11) angehalten. Die Soll-einnahmen für das letzte Quartal weisen nach vorläufiger Aufstellung eine durchschnittliche Mehreinnahme von 25 bis 30 Prozent über den Sollvorschlag auf, während die Fichteinnahme der Steuern den Sollanschlag teilweise annähernd erreicht, teilweise ihn — schwankend zwischen 2 bis 8 Prozent — übertrifft.

Die Generalversammlung der Mitteldeutschen Bezirksgruppe des Arbeiterschutzesverbandes deutscher Glasfabriken beschloß, wegen des Ausstandes in Rauscha sämtliche organisierten Arbeiter des sächsischen, schlesischen und lausitzer Bezirkes zu kündigen, falls bis zum 15. Juli keine Einigung erfolgt ist.

Wie aus Emden gemeldet wird, hat sich auf Grund des neuen holländischen Fischereigesetzes, das am 1. Juli in Kraft getreten ist, der Bürgermeister von Zisterwalde in Ordnung mit einer Polzeikommission zu Schiff auf den Dollart begeben, um die Fischereigeräte der preussischen

Fischer auf den Watten zu beschlagnahmen und die Fischer an der Ausübung der Fischerei mit Gewalt zu verhindern. Da es sich hierbei für die preussischen Fischer um eine Existenzfrage handelt, fürchtet man, daß es zu Zusammenstößen kommen wird. Die Fischer haben Klage auf Ungültigkeitserklärung der gegen sie gerichteten Bestimmungen des holländischen Fischereigesetzes angestrengt.

Der deutsche Kronprinz stattete am Freitag Vormittag dem Staatssekretär des Auswärtigen von Riederlen-Wächter einen längeren Besuch ab.

Im Hansabunde triefelt weiter. Der Vorsitzende des Bayerischen Industriellen-Verbandes, Geh. Rat Dr. Riepel-Mürnberg, und der Vorsitzende des Vereins Süddeutscher Baumwoll-Industrieller, Geh. Kommerzienrat Semmlinger-Bamberg, haben für ihre Person den Austritt aus dem Hansabunde erklärt. Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat in Leipzig ist aus dem Zentralverband Deutscher Industrieller wegen dessen Haltung gegenüber dem Hansabund ausgeschieden.

Frankreich.

Ueber die marokkanische Frage schreibt die Pariser „Canterne“: Wir werden ohne vorausgegangene Verständigung mit London und Petersburg nichts mit Deutschland abschließen. Wir werden mit Deutschland keinen Vorschlag irgendwelcher Art erörtern, dessen Zweck eine Besitzergreifung von Marokko in irgendeiner Form sein würde. Wir werden mit Deutschland auch keinerlei Besitzergreifung an anderer Stelle erörtern, die in irgendeiner Weise den Interessen unserer englischen Freunde entgegensteht sein könnte. Damit eine Lösung des gegenwärtigen Zwistes dauerhaft sei, muß Deutschland eine loyale Haltung einnehmen. Deutschland treibt nicht allein Nadelstich-Politik, und wenn es forsüßert, seine Haltung der letzten Tage einzunehmen, wird es bald feststellen können, daß die französische Regierung Maßregeln zu ihrer Verfügung hat, deren Anwendung ihm wenig angenehm sein würde.

Die antimilitärische Agitation breitet sich in Frankreich immer weiter aus. Vor kurzem wurde festgestellt, daß eine Anzahl Soldaten durch die Post Geldanweisungen von 5 und 10 Franc. erhielten, denen antimilitärische Rundfragen beigelegt waren. Nachforschungen ergaben, daß diese Sendungen von den Sekretären des Bauarbeiter-Syndikats abgefaßt worden waren. Ferner wurde festgestellt, daß diese Syndikats- und einige andere Arbeiterverbände die Einrichtung getroffen haben, ihren ehemaligen Mitgliedern, die ihrer Militärpflicht genügen, von Zeit zu Zeit Unterstützung zuzuschicken, um sie daran zu erinnern, daß sie als Syndikalist die Pflicht hätten, im Streitfall auf ausländische Arbeiter nicht zu schießen. Die Durchsichtung des an der Arbeitsbehörde gelegenen Bureaus fand unter großem Polizeiaufgebot statt und nahm mehrere Stunden in Anspruch. Es wurden zahlreiche Schriftstücke beschlagnahmt. Auch in der Wohnung der Syndikatssekretäre wurden Durchsichtungen vorgenommen und eine Anzahl Briefe, von Soldaten herrührend, beschlagnahmt. Fast gleichzeitig wurden auf Anordnung des Kommandeurs des 76. Infanterie-Regiments die Effekten der Mannschaften geprüft und drei Soldaten verhaftet, in deren Tornister antimilitärische Nieder vorgefunden wurden.

England.

Zwischen Frankreich und Marokko scheint ein Geheimvertrag abgeschlossen worden zu sein. Die Londoner Telegraphen-Agentur „Exchange Telegraph Company“ bringt die Meldung von dem Abschluß eines französisch-marokkanischen Geheimvertrages. Die Agentur behauptet, daß der Text des Vertrages seit dem 25. Juni der Londoner Regierung bekannt sei.

Die Stauer in Southampton haben die von den Reedern angebotenen Bedingungen einschließlich einer Lohnerhöhung von 4 Pfennig für die Stunde angenommen. Dadurch sind alle Streitigkeiten mit den Arbeitern beigelegt.

Sien.

China unterhandelt erneut mit Deutschland befaßt Beur-